

08.12.05	-A/40270
ATTRIB:	TK
COPIE:	AD/700/51/1



Generaldirektion Wettbewerb  
 Registratur Staatliche Beihilfen  
 SPA 3, Büro 6/5  
 B - 1049 Brüssel  
 Belgien

Abteilung für Rechtspolitik  
 Wiedner Hauptstr. 63 | 1045 Wien  
 T 0590900DW | F 0590900233  
 E theodor.taurer@wko.at  
 W <http://wko.at>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Sachbearbeiter  
 Rp 1270/04/TT/CS

Durchwahl  
 4418

Datum  
 01.12.2005

HT 349

## Stellungnahme betreffend das Konsultationspapier zu staatlichen Innovationsbeihilfen

Sehr geehrte Damen und Herrn!

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) erlaubt sich, zum im Betreff genannten Konsultationspapier der Europäischen Kommission folgende Stellungnahme abzugeben:

Einleitend weisen wir darauf hin, dass viele, vor allem die quantitativen Vorschläge und Festlegungen der Kommission im Lichte der übrigen beihilfenrechtlichen Reformvorhaben - etwa der künftigen Regeln über De-minimis - oder KMU-Beihilfen zu beurteilen wären. Eine abschließende Festlegung im Spezialbereich Innovation ist schwierig, wenn die Entwürfe der Kommission zu den allgemeinen Regeln nicht bekannt sind. Wir verweisen dazu auf unsere Stellungnahme zum Aktionsplan vom 1.9.2005.

Die WKÖ begrüßt die gegenständliche Initiative der Kommission in Hinblick auf die Erreichung der ehrgeizigen Ziele der Lissabon Agenda; sichere und stabile Regelungen zur ökonomisch sinnvollen Förderung innovativer Maßnahmen seitens der Wirtschaftstreibenden sind geeignet, die mit innovativen Vorhaben verbundenen Risiken zu senken und die Innovationsfreude der Unternehmer zu verbessern.

Es entspricht der ökonomischen Vernunft, die vorgeschlagenen Analyseinstrumente zu nutzen und den wahren Förderbedarf in Hinblick auf die unterschiedlichen Situationen von Marktversagen zu bemessen.

Angesichts dieser allgemeinen Zielvorgaben übermitteln wir in weiterer Folge unsere Antworten zu den im Konsultationspapier gestellten Fragen, sowie Bemerkungen zu einzelnen Randziffern des Dokumentes:

**Frage 1): Sind Sie der Ansicht, dass es nicht ratsam ist, eine eigene Rahmenregelung für Innovationsbeihilfen einzuführen und dass die neuen Fördermöglichkeiten auf ausgewählte innovationsbezogene Maßnahmen ausgerichtet werden sollten?**

Es ist sinnvoll, die besonderen Regelungen für Innovationsbeihilfen in übersichtlicher und leicht fasslicher Form den Anwendern zur Verfügung zu stellen, da diese die Effizienz und spezifische Hebelwirkung nationaler Maßnahmen erhöhen könnte. Dabei ist zu beachten, dass dies in einem praxisorientierten und zweckmäßigen Gesamtrahmen im Zusammenhang mit den Unternehmensbeihilfen für KMUs und der Regionalförderung erfolgt. Die in Aussicht gestellte ex-ante Regelung würde eine an klaren Prinzipien orientierte Treffsicherheit und Abwicklung staatlicher Beihilfen erleichtern. Ob dies in einem eigenen Beihilfenrahmen für Innovationen erfolgen muss, kann dahingestellt bleiben.

In diesem Zusammenhang ist klar zwischen Unternehmensförderungen und der Förderung von betrieblichen Innovationsvorhaben, bei denen ein Teil der Kosten als förderbar anerkannt werden kann, zu unterscheiden.

Die Erfahrungen der Innovations- und Förderpraxis zeigen, dass die Beschränkung auf KMUs im Umfeld der Innovation nicht zweckdienlich ist, da gerade die mittelgroßen Unternehmen oft die höchste Innovationsintensität aufweisen und vielfach als Bindeglied zwischen großen international agierenden Unternehmen und kleinen innovativen Zuliefern auftreten und diesen Zugang zum internationalen Markt verschaffen. Dies trifft vor allem dort zu, wo die Zahl der Lieferanten aus logistischen Gründen begrenzt bleibt (z.B. Automobilzulieferer, Konsumelektronik, Luftfahrt). Es wäre kontraproduktiv, wenn das Beihilfenrecht bei der Bereitstellung von innovationsunterstützenden Dienstleistungen eine Trennung vorsähe, weil damit die Unterstützung von Innovationsnetzwerken - ein wichtiges Instrument einer gezielten Innovationspolitik - geschwächt würde.

**Zu Randziffer 12:** Im Umfeld der Innovation gibt es Marktversagen auf unterschiedlichen Märkten, einerseits bei der mittel- und langfristig geringer als notwendig erachteten Innovationsintensität in Produkt- und Dienstleistungsmärkten, im Finanzmarkt (z.B. bei der Finanzierung innovativer KMUs unterhalb eines Investitionsvolumens von ca. 400.000 EURO), im Beratungsmarkt (z.B. im Bereich der Innovationsberatung von KMUs, die wegen der hohen Kosten und hohen Branchenspezifität kein passendes Angebot finden) und auf den Wissensmärkten (Zugang zu Know-how, Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, wo die Transaktionshürden zwischen Universitäten & Forschungseinrichtungen und Unternehmen sehr hoch sind). Ex-ante Regelungen müssen dem Versagen in diesen Märkten Rechnung tragen können.

Für KMUs sind der beschränkte Zugang zu aktuellem Forschungs- und Entwicklungsknow-how und zur Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur zwei wichtige Aspekte. Dies deshalb, weil für eine sinnvolle Verwertung wissenschaftlich-technischen Know-hows eine gewisse Mindestkapazität wissenschaftlicher Kompetenz und Infrastruktur notwendig sind, eigenes Forschungspersonal oder eigene Forschungsinfrastruktur aber oft nicht ausgelastet werden kann. In beiden Bereichen sind direkte und indirekte öffentliche Beihilfen ein wirksames Instrument für den Aufbau einer systematischen Innovationstätigkeit bzw. einer Steigerung der Innovationsfreudigkeit. Beihilfen für den Ausbau der F&E-Infrastruktur, die eine anteilige Nutzung durch KMUs und Forschungseinrichtungen als Innovationsdienstleister für diese vorsehen, sollten (wie rein wissenschaftliche Einrichtungen) keiner beihilfenrechtlichen Beschränkung unterliegen.

**Zu Randziffer 14:** Das Marktversagen im Bereich der Innovation liegt vor allem darin, dass Unternehmen wegen des technischen und marktbedingten Risikos, weniger in Innovation investieren als dies im internationalen Wettbewerb und volkswirtschaftlich wünschenswert ist. Bei kleinen Unternehmen sind die Grenzen des betriebswirtschaftlich bewältigbaren Risikos und der Investitionen bald erreicht und liegen mitunter sogar unterhalb jener Schwelle, die überschritten sein muss, um einen Innovationsschritt erfolgreich umzusetzen. KMUs sind daher gezwungen in kleineren Innovationsschritten (inkrementell) zu arbeiten. Selbst wissenschaftsbasierende Unternehmen mit hohem Wachstumspotential müssen andere Formen der Finanzierung und Kooperation wählen als Großunternehmen. Das technische Risiko betrifft vor allem die technische Machbarkeit von innovativen Lösungen (Beherrschbarkeit der Technologie, Überführung in die industriell-gewerbliche Produktion, Zuverlässigkeit und Wartbarkeit). Das Marktrisiko betrifft vor allem die Akzeptanz durch Kunden und Gesellschaft zum Zeitpunkt der Markteinführung und Verwendung neuer Produkte sowie die Verfügbarkeit von konkurrierenden Alternativen, die eine Neuentwicklung möglicherweise in kurzer Zeit obsolet machen.

Eine der Anforderungen für ein ex-ante Regelwerk ist, dass es diesen unterschiedliche Typen von innovativen Unternehmen in unterschiedlichen Branchen und unterschiedlichen Phasen der Unternehmensentwicklung gerecht werden muss (z.B. wissenschaftsbasierender Hightech, high-growth Potential Start-Up in der Biotechnologie bzw. im IT-Sektor; innovative Nischenlieferanten mit inkrementeller Innovation, die den Technologievorsprung halten und neue Märkte erschließen; innovative Zulieferer in an sich langsam wachsenden oder sogar insgesamt schrumpfenden übergeordneten Märkten).

**Zu Randziffer 17:** Für Unternehmen ist die möglichst exklusive Verwertung des in einem Projekt erarbeiteten Wissens Voraussetzung für Investitionen und Engagement in der Innovation. Im Idealfall erfolgt die Verbreitung der Ergebnisse der Innovationsbemühungen durch die kommerzielle Verwertung (Vertrieb von Produkten oder Dienstleistungen bzw. Lizenzierung). Das Marktversagen betrifft hier einerseits das optimale Ausmaß der Grundlagenforschung und andererseits das ideale Maß an Kooperation zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Eine Stimulierung der Investitionen in Innovation durch beihilfenrechtliche Beschränkungen der Vertragsfreiheit der Kooperationspartner ist nicht sinnvoll. Eine quasi Veröffentlichungspflicht der Ergebnisse erscheint kontraproduktiv, weil diese das Innovationsengagement der Unternehmen reduzieren würde.

**Zu Randziffer 19:** Der Anreizeffekt kann z.B. den Aufbau eigener wissenschaftlich-technischer Kapazitäten betreffen. Oft liegt er aber darin, dass eine positive Entscheidung zur Umsetzung eines Innovationsvorhabens rascher fällt bzw. die Umsetzung schneller und ambitionierter erfolgt (etwa um einen früheren Zeitpunkt der Markteinführung zu erzielen). Die Forderung nach einem ex-ante Nachweis, dass eine Innovation nicht unternommen worden wäre, ist überschießend und praktisch kaum zu erfüllen.

**Zu Randziffer 23:** Während eine niedrige Beihilfenintensität naturgemäß geringer Wettbewerbsverzerrungen verursacht, ist eine gewisse Mindestintensität notwendig, um überhaupt Wirkung zu erzielen. In der Praxis hat sich bei der direkten Innovationsförderung von KMUs eine Untergrenze von ca. 12 % -15 % als effiziente Anreizschwelle erwiesen. Im Zeitpunkt der Entscheidung, ob und wie ein Innovationsvorhaben mit unternehmenseigenen Mitteln umgesetzt werden soll, kann ein Anreiz nur dann wirken, wenn er spürbarer und über die Projektdauer berechenbar ist.

**Zu Randziffer 24:** In diesem Zusammenhang empfiehlt sich bei Anwendung allgemeiner Regeln ein ausreichend hoher Schwellenwert, damit die geforderte Prüfung in einem vertretbaren Verhältnis zur Beihilfe ist.

**Zu Randziffer 27:** Gerade im Bereich der innovationsunterstützenden Dienstleistungen kommt dem öffentlichen Sektor oft eine marktschaffende Rolle und eine qualitätssichernde Funktion zu (z.B. in der Beratung und Information zum Schutz des geistigen Eigentums, dem Zugang zu universitärem Know-how, der Beratung zur Beteiligung an europäischen Programmen). Da das Vorhalten von Kompetenz und Kapazitäten für derartige Leistungen für Unternehmen aller Größen, aller Branchen und aller Entwicklungsstufen durch private Anbieter kaum möglich ist, sollte das Beihilfenrecht für die Inanspruchnahme derartiger Leistungen keine Beschränkungen vorsehen.

**Zu Randziffer 28:** Je nach Ausprägung, erbringen Innovations-Cluster sehr unterschiedliche Leistungen, die von der reinen Information und Koordination, Ausbildung und Marketing bis zum Betrieb von Infrastrukturen und Durchführung von Innovationsprojekten reichen. Dabei unterscheiden sich die Cluster sehr (z.B. Orientierung an gleichartigen Kunden, gleichartiger Technologie, Infrastruktur, Regulierungsumfeld, Qualifikationsbedarf, Logistik, etc.). Soweit Clusterinitiativen eine Rolle im Innovationsprozess wahrnehmen, ist eine ausschließliche Orientierung der beihilfenrechtlichen Behandlung unter regionalem Aspekt nicht schlüssig, da Forschungs- und Entwicklung häufig international erfolgen und erfolgreiche branchenspezifisch Cluster - wie Markt und Wissenschaft - tatsächlich auch international ausgerichtet sind. Schließlich hat sich die Zusammenarbeit von großen und kleinen Unternehmen in Clustern als ein wirksames Mittel für die Steigerung der Innovationsintensität in allen Unternehmen erwiesen.

**Zu Randziffer 29:** Der Sinnhaftigkeit eines Regionalbonus kann zugestimmt werden.

**Zu Randziffer 31:** Die regionalpolitischen Erfahrungen deuten darauf hin, dass Unternehmen, die im unmittelbaren Umkreis keine große (oder keine zum Unternehmensgegenstand passende) technische Fakultät bzw. Forschungseinrichtung haben, besonders schwer Zugang zu aktuellem Know-how und zur Forschungsinfrastruktur finden. Dies könnte ein Ansatzpunkt für einen Bonus sein. Kohäsionspolitische Ziele sollten aber grundsätzlich mit anderen Instrumenten erreicht werden.

**Frage 4):** Es wird um empirische Belege für die Angemessenheit staatlicher Beihilfen an Großunternehmen gebeten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ziel, in der EU Innovations-Cluster in der Nähe von Kompetenzzentren zu entwickeln. Sollte die Kommission Ihrer Ansicht nach Ex-ante-Vorschriften für die Vergabe von Innovationsbeihilfen an Großunternehmen einführen, oder sollte die Vergabe solcher Beihilfen einer strengeren Einzelfallprüfung auf der Grundlage einer Anmeldung bei der Kommission unterzogen werden? Wäre im Fall der Innovationsförderung (oder anderer staatlicher Förderung) eine Differenzierung der Großunternehmen angebracht? Wenn ja, nach welchen Kriterien und zu welchem Zweck?

Großunternehmen sind oft international tätig. Allfällige ex-ante Regeln müssen die Bedingungen in anderen globalen Wirtschaftsräumen und die bestehenden Nachteile Europas (z.B. im Biotechnologiebereich) berücksichtigen.

**Frage 5): Es wird um empirische Belege für die Angemessenheit staatlicher Beihilfen für nicht-technologische Innovationen, insbesondere im Dienstleistungssektor, gebeten.**

Im Bereich der Kreativwirtschaft spielt die nicht-wissenschaftliche (z.T. intuitive) Innovation eine wichtige Rolle. Obwohl die Abgrenzung von Innovation und unternehmerischer Kerntätigkeit hier schwieriger ist, bleiben die Kriterien der Neuheit, des Risikos, der Schützbarkeit von geistigen Eigentum und die Logik staatlicher Beihilfe im Bereich der Unternehmensgründung und -finanzierung sowie in der innovationsunterstützenden Beratung und Infrastruktur aufrecht.

**Frage 6): Sollten die Vorschriften für staatliche Innovationsbeihilfen Regionalzuschläge zu Kohäsionszwecken vorsehen? Sollte die Höhe dieser Zuschläge unabhängig von kohäsionspolitischen Erwägungen entsprechend der geographischen Lage der Region variieren?**

Nein. Siehe die Anmerkung zu RZ (31); die Beeinflussung der regionalen Wirtschaftsstruktur hinsichtlich kohäsionspolitischer Ziele durch Innovationsbeihilfen ist begrenzt.

**Frage 7): Sind bestimmte Beihilfeformen für bestimmte Situationen und Innovationsaktivitäten besser geeignet (z. B. Steuervergünstigungen, besicherte Darlehen, rückzahlbare Vorschüsse)?**

Ja. Thematisch definierte direkte Beihilfen (Projektförderung) sind üblicherweise hinsichtlich des Technologiefeldes eng definiert. Das Marktversagen betrifft aber auch Bereiche, die nicht die Aufmerksamkeit der Politik und Wissenschaft und damit möglicherweise eines spezifischen Förderprogramms erhalten. Daher sind thematisch ungebundene direkte und indirekte Maßnahmen zweckmäßig. Darüber hinaus bedürfen direkte Maßnahmen, um wirksam zu sein, je nach Technologiefeld und Art der Innovation eines Mindestvolumens und einer Mindestintensität. Nicht ausreichend vom Markt getriebene, von der Politik aber gewollte Innovationsbereiche (z.B. Sicherheitsforschung, Umwelt), brauchen üblicherweise eine höhere Beihilfenintensität bzw. einer Beauftragung durch die öffentliche Hand. Beihilfenvolumen und administrativer Aufwand für Vergabe und Kontrolle müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Indirekte steuerliche Maßnahmen setzen hohe Eigenleistungen des Unternehmens voraus und sind mit geringen administrativen Kosten realisierbar. Sie wirken darüber hinaus nicht thematisch diskriminierend, weshalb ihnen gerade bei neuen Innovationsthemen, die noch nicht von der Politik erkannt sind, hohe Bedeutung zukommt.

**Zu Randziffer 34:** Das Marktversagen im Bereich des Wagniskapitals trifft heute vor allem Unternehmen in der Vorgründungs- und in der Frühphase mit einem Kapitalbedarf von € 400.000 bis € 500.000. Gerade hier besteht auch von professionellen Venture Capital und Private Equity Gebern Zurückhaltung, weil die Fixkosten der Due Diligence und der administrative Aufwand ein Investment nicht tragen. Gleichzeitig ist es nicht empfehlenswert junge, unerfahrene Unternehmer in der Frühphase in Verhandlungen mit professionellen Anbietern zu drängen, weil damit der Entwicklungsspielraum des Unternehmens möglicherweise verringert wird.

Schließlich ist der Zeithorizont einer Finanzierungsrunde oft nicht ausreichend um ein Produkt eines neuen Unternehmens zur Marktreife zu führen (z.B. neues Medikament, Wirkstoff, klinische Test, Markteinführung). Hier sind längerfristige Regelungen nötig. Siehe dazu auch die Anmerkung zu R 714.

**Zu Randziffer 36:** Der Analyse kann nur zugestimmt werden. Zu trennen wäre hier zwischen investiven Aufwendungen und Aufwendungen für Innovation. Kriterium ist der Businessplan und die Qualität dessen Umsetzung, allerdings muss dafür auch die inhärente Fristigkeit des Innovationsvorhabens bzw. der Produkt- und Investitionszyklen der Branche Berücksichtigung finden. (z.B. vom Wirkstoff zum Medikament ca. 10-15 Jahre, kurze Produktzyklen in der Konsumelektronik, lange Produktzyklen in der Verfahrenstechnik).

**Zu Randziffer 38:** Ein Zeitraum von 5 Jahren wird befürwortet. Der Nachweis einer 15 %-igen F&E-Quote wird abgelehnt, da auch bei den besten, hochinnovativen Unternehmen in traditionellen Branchen (z.B. Bautechnologien, Stromerzeugung, Signalleitsysteme, Lebensmittel, Automotive) diese F&E-Quote nicht erreicht wird. Gute Quoten liegen dort zwischen 1 % und 10 %. Eine Mindestquote von 15 % würde die Anwendbarkeit auf jene Unternehmen einschränken, die dem Hightechmuster der Venture Capital Märkte entsprechen, obwohl sie nur einen Bruchteil der europäischen Innovationsleistung erbringen.

**Zu Randziffer 39 (1):** Eine Befreiung von den Sozialversicherungsbeiträgen ist möglicherweise in den Ländern, in denen die Systeme der sozialen Sicherung selbstverwaltet sind, nicht systemkonform. Als grundsätzliche Möglichkeit findet es aber Zustimmung.

**Zu Randziffer 39 (2):** Der Vorschlag eines Beihilfengrenzwerts von 1 Mio. EURO ohne Möglichkeit der Kumulation scheint nicht ausreichend, da damit die durch Projekt- oder Programmförderungen gewährten Beihilfen, die klaren Kriterien der Förderbarkeit folgen, an Wert verlieren würden. Im Sinne einer nachhaltigen Strukturverbesserung und Steigerung der Innovationskraft von Unternehmen bzw. einer Region würden gerade nicht-projektbezogene, innovationsfördernde Maßnahmen, die am ehesten eine öffentliche Beihilfe rechtfertigen würden, davon ausgeschlossen.

**Frage 9):** Es wird über die vorgeschlagene Regelung hinaus um empirische Belege dafür gebeten, dass staatliche Beihilfen i) für Unternehmensneugründungen unabhängig vom Innovationskriterium sowie ii) für länger als [5] Jahre bestehende innovative KMU erforderlich sind.

Unter dem Titel „Unternehmensneugründungen“ sind Beihilfen nur im Falle einer Betriebsübernahme oder -fortführung zweckmäßig, wenn durch das Ausscheiden des bisherigen Eigentümers die Kapitalbasis wesentlich verschlechtert und damit der Fortbestand der Unternehmens beeinträchtigt wäre (Eigenkapitalersatz).

**Zu Randziffer 44:** Der Vorschlag findet Zustimmung. Siehe dazu die Ausführungen oben zum Marktversagen in der Frühphase bis zu einem Investitionsvolumen von ca. 400.000 EURO.

**Zu Randziffer 45:** Es sollte jedenfalls auch die Möglichkeit vorgesehen werden, dass öffentliche Fördereinrichtungen ihre Darlehensforderungen aus früheren Projektförderungen in einen Besserungsschein umwandeln können, um die Bilanz zu entlasten, und den Eintritt eines neuen Investors zu erleichtern. Die Umwandlung selbst stellt üblicherweise keine Beihilfe dar, da dem Besserungsschein eine marktkonforme Gewinnerwartung gegenübersteht (, die sich bei sorgfältiger kaufmännischer Prüfung erfahrungsgemäß auch erfüllt). Das durch den neuen Investor bereitgestellte Kapital ermöglicht neues Wachstum und eine Fortführung von Innovations- und Entwicklungsaktivitäten bis zum Markterfolg.

**Frage 10): Sind Ihrer Ansicht nach abgesehen von Risikokapital andere Formen staatlicher Förderung nötig, um die Expansion europäischer KMU über die Anlaufphase hinaus zu ermöglichen? Wenn ja, welche?**

Ja, von privaten Kapitalgebern unabhängige Beratung und Information für Unternehmer, damit diese in den verschiedenen Finanzierungsrunden für das Unternehmen nicht allzu viel Lehrgeld bezahlen (Informationsasymmetrie).

**Zu Randziffer 50:** Die für KMU vorgeschlagenen Bestimmungen finden Zustimmung, allerdings ist die Einschränkung auf KMUs nicht schlüssig.

Vor allem in Bereich der Verfahrensentwicklung, die durch hohe Investitionssummen und lange Entwicklungs- und Investitionszyklen gekennzeichnet ist, ist der Prototyp praktisch immer eine Versuchsanlage bei Kunden, ein Modell 1:1, mit ähnlichem und zum Teil sogar höheren Investitionsvolumen wie das fertigentwickelte Produkt. Der Hauptzweck solcher Anlagen liegt darin, weitere Erfahrungen, technisches Wissen und Informationen zu erzielen. Erst mit der Umstellung auf die kommerzielle Phase und Abschluss der Schulungen verliert ein Prototyp seine Rolle im Zusammenhang von Forschung und Innovation.

Insgesamt werden die Bemühungen zur Ausweitung der beihilfenrechtlichen Grenzen im Zusammenhang mit Innovation in Richtung Marktreife ausdrücklich begrüßt, da das F&E-Engagement von Unternehmen und die Umsetzung von Know-how und Technologie in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen, den einzigen Treibern bilden, mit dem Forschung und Innovation einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in Europa leisten können.

**Zu Randziffer 58:** Im Bereich der kooperativen wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen, die sich zum Teil aus marktgängigen Prüf- und Zertifizierungsdienstleistungen finanzieren und ihre Erlöse zum anderen Teil aus brachennaher Auftragsforschung erzielen, ist der kategorische Ausschluss einer direkten Förderung für den Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur nicht schlüssig, weil gerade dort die positiven externen Effekte einer derartigen Beihilfe am größten sind und die hohen Investitionsschwellen mitunter einen Innovationsschritt von KMUs einer ganzen Branche verhindern.

**Frage 13): Was halten Sie von einer speziellen Unterstützung für Innovationsmittler, die fusionieren oder ein Joint Venture errichten, um bei einer speziellen Technologie eine kritische Masse zu erreichen? Sollten in diesem Fall Investitionsbeihilfen zulässig sein? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Welche anderen Maßnahmen kämen in Betracht?**

Ja, eine derartige Unterstützung wäre zweckmäßig, weil durch Zusammenarbeit und Beihilfe das notwendige Investitionsvolumen generiert werden könnte. Allenfalls könnte die Beihilfe mit einer Forschungseinrichtungen und Unternehmen übergreifenden Nutzungsmöglichkeit geknüpft sein.

**Zu Randziffer 62:** Der Vorschlag wird ausdrücklich begrüßt, allerdings darf die Definition ‚hochqualifiziert‘ nicht automatisch heißen, dass nur Qualifikationen der tertiären Ausbildung Anerkennung finden. Die Qualifikationserfordernisse in der technischen Entwicklung und Innovation zeigen, dass Fragen der Beherrschung der Technik, der Fertigungsüberleitung, der Konstruktion und des technischen Designs (Engineering) oft am effizientesten von hochqualifizierten Technikern ohne Hochschulabschluss bewältigt werden. Das österreichische Bildungssystem vermittelt

solche Qualifikationen u.a. in 5-jährigen Höheren Technischen Lehranstalten (Schools of Engineering).

Die vorgeschlagene Bruttobeihilfenintensität von 35 % wird als zu gering erachtet. Es wird vorgeschlagen diese auf wenigstens 50 % zu erhöhen und allenfalls die mögliche Dauer auf 2 Jahre zu verkürzen. Gerade für KMUs, deren Innovationsbemühungen vorläufig nur projektbezogen und daher nicht kontinuierlich erfolgen, sind der Aufbau einer wissenschaftsgestützten systematischen F&E-Tätigkeit und die Beschäftigung von full-time wissenschaftlich-technischem Personal eine große Hürde. Deshalb scheint eine höhere Förderintensität nötig. Da Innovationsvorhaben in KMUs eher einen kürzeren Zeithorizont haben, scheint die Förderdauer von 3 Jahren angemessen. (1. Jahr Projektvorbereitung, 2.+3. Jahr Projektrealisierung).

Fraglich ist die Einschränkung auf Leihpersonal das von Unis oder anderen Unternehmen kommt. Gerade bei KMUs sollte auch F&E-Personal, das nach Abschluss der Ausbildung / nach Erwerb beruflicher Erfahrung in Forschung und Innovation in keinem Beschäftigungsverhältnis mit einer Universität oder Großunternehmen steht, förderbar sein. (z.B. ehemaliger Mitarbeiter eines Kompetenzzentrums, einer Prüfstelle, etc.).

Als besonders schwierig hat sich die grenzüberschreitende Nutzung von Forschungsinfrastruktur erwiesen. Konform mit den Zielen des europäischen Forschungsraumes und der Integration von Märkten sollte der beihilfenrechtliche Gestaltungsspielraum hier wirksam werden können.

**Frage 15): Soll die Kommission besondere Vorschriften für den Fall vorsehen, dass sich ein Forscher entschließt, nicht zu seiner Heimatuniversität zurückzukehren bzw. die Universität nicht mehr die Absicht hat, den Forscher wieder zurückzuholen?**

Nein. Dies würde allenfalls die Vertragsfreiheit der Arbeitnehmer einschränken und gleichzeitig keine besseren Karriereaussichten für das wissenschaftliche Personal in der forschenden Einrichtung garantieren. Eine Rückzahlung der erhaltenen Beihilfe sollte nicht vorgesehen werden.

**Zu Randziffer 64:** Cluster haben sehr unterschiedliche Kernaufgaben (Ausbildung, Marketing, Betrieb von Infrastruktur, Information und Lobbying) und greifen nicht in die Entscheidungsautonomie der beteiligten Unternehmen ein. Was Cluster von Kompetenzzentren unterscheidet ist ein mittel- bis langfristig verbindliches gemeinsam finanziertes Forschungs- und Entwicklungsprogramm, wie es Kompetenzzentren, an denen sich ein oder mehrere Unternehmen und Forschungseinrichtungen beteiligen. Im Bereich der Innovation leistungsfähiger sind Kompetenzzentren, weshalb der beihilfenrechtliche Aspekt dort ansetzen sollte.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass branchenspezifische kooperative Forschungseinrichtungen oft ähnliche Aufgaben wahrnehmen wie Cluster, weshalb der beihilfenrechtliche Ansatz an der Funktion ansetzen sollte (unternehmensübergreifende Kooperation, Information, Betrieb von F&E-Infrastruktur, Schulung, Technologiemonitoring, Abwicklung von Innovationsvorhaben, etc.) und nicht an der Bezeichnung 'Cluster'.



**Frage 16): Welcher Definition sollte bei Aktivitäten im Zusammenhang mit Clustern bzw. Clusterbildung gefolgt werden und nach welchen Kriterien sollten Cluster von der breiter gefassten Kategorie der Innovationsmittler unterschieden werden?**

Cluster sind branchen- bzw. technologieübergreifend und bieten ihre Dienstleistungen den Mitgliedern exklusiv an. Das Leistungsprofil ist meist nicht projektbezogen. Innovationsunterstützende Dienstleister (z.T. mehr oder weniger öffentlich) agieren projektbezogen und bieten ihre Leistungen entgeltlich, teilentgeltlich oder unentgeltlich Allen an (z.B. Forschungsvereinigungen, branchennahe kooperative Forschungseinrichtungen, öffentliche Beratungsstellen, Ausbildungsstätten, Betreiber von F&E-Infrastruktur).

**Frage 17): Sollten europäische Kompetenzzentren Ihrer Ansicht nach staatlich gefördert werden können? Wenn ja, aus welchen Gründen, mit welcher Art von Förderung und unter welchen Bedingungen? Welche anderen u. U. besseren Maßnahmen kämen in Betracht?**

Ja. Kompetenzzentren, an denen sich Unternehmen und Forschungseinrichtungen beteiligen, dienen dem Aufbau kritischer Größen und kritische Kompetenz um sonst unbewältigbare Innovationsschritte zu ermöglichen. Grundlage dafür ist ein verbindliches Forschungsprogramm dessen Zeithorizont meist mindestens 4-5, häufig auch 6-8, Jahre beträgt und daher jenseits des Planungshorizont der meisten Unternehmen liegt. Die Forschungsprogramme sind grundlagennahe, weshalb eine relativ hohe Förderintensität von bis zu 60 % -70 % notwendig erscheint. Die Beteiligung der Wirtschaft ermöglicht eine orientierte Forschung und im Erfolgsfall einen direkten Kontakt für eine wirtschaftliche Verwertung. In die Vertragsfreiheit der Beteiligten bezüglich der Verwertungsrechte des dort gewonnenen geistigen Eigentums sollte das europäische Beihilfenrecht grundsätzlich nicht eingreifen.

**Frage 18): Bedarf es zusätzlicher Kriterien, um eine staatliche Förderung nach dem Gießkannenprinzip zu verhindern und eine Konzentration von Fördermitteln auf eine begrenzte Anzahl von Kompetenzzentren zu erreichen?**

Die Vermeidung des Gießkannenprinzips ist eine Frage der Fördereffizienz nicht der grundsätzlichen Zulässigkeit. Deshalb ist die Entscheidung darüber, ob öffentliche Mittel über eine große Breite von Vorhaben und Maßnahmen oder der Struktur der wissenschaftlichen Kompetenz bzw. der Unternehmensstruktur und deren Entwicklungspotential entsprechend schwerpunktmäßig eingesetzt werden sollen, dem Beihilfengeber und den politisch dafür Verantwortlichen zu überlassen.

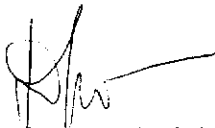
**Frage 19): Was halten Sie allgemein von der Notwendigkeit, zusätzliche Vorschriften für innovationsfördernde Infrastrukturleistungen (z. B. in den Bereichen Energie, Verkehr usw.) einzuführen?**

Die innovationsfördernden Effekte der Verkehrs- und Energieinfrastruktur sind meist eher indirekter Natur, weshalb diese unter dem Aspekt der Innovation nicht Gegenstand gesonderter beihilfenrechtlicher Überlegungen sein sollten.

**Frage 20): Sollten Großunternehmen Ihrer Ansicht nach staatliche Förderung beispielsweise für die Errichtung von Forschungseinrichtungen in einem europäischen Kompetenzzentrum in Anspruch nehmen können? Sollte die Kommission für die Kontrolle solcher Beihilfen eigene Kriterien entwickeln? Welche Wirtschaftsdaten sollten für die Erforderlichkeitsprüfung verlangt werden?**

Ja. Kriterien dafür sollten die Neuheit des beabsichtigten Innovationsschrittes / Erkenntnisgewinns, dessen Zeithorizont, das damit verbunden Risiko, die dafür notwendigen Investitionen im Verhältnis zu den international branchenüblichen Aufwendungen für Forschung und Innovation bzw. die finanzielle Leistungsfähigkeit des Unternehmens / der Unternehmensgruppe sein. Die beihilfenrechtliche Begründung liegt nicht in der Unternehmensgröße sondern in der Grundlagennähe und Fristigkeit des Forschungsprogramms des Kompetenzzentrums. Schließlich scheint es unter gesamteuropäischen Aspekt geboten, auch große Unternehmen, die selbst große Mittel für die Forschung und Innovation aufbringen, zu einer Standortwahl in Europa zu ermutigen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Rosemarie Schön  
Abteilungsleiter